



Erwachsenenbildung gesetzlich gestärkt

Mit dem veränderten Erwachsenenbildungsgesetz, das der Landtag am 8. Dezember beschlossen hat, stärkt Rot-Rot-Grün die Träger der Thüringer Erwachsenenbildung. Das Gesetz regelt die Aufgabenteilung zwischen Volkshochschulen und Freien Trägern in der Alphabetisierungsarbeit und schreibt mit der Inklusionsförderung, mit Integration und dem Angebot von Bildungsberatung neue Aufgaben für die Erwachsenenbildung fest.

Ab 2018 erhalten alle Einrichtungen mehr Geld für eine vernünftige organisatorische Grundausstattung, die durch die Kürzungen der CDU 2005 verloren gegangen war. „Mit der Aufstockung der Mittel um ca. 1,4 Millionen Euro wird die Koalition der wachsenden Bedeutung lebenslanger Bildung gerecht, die allen Menschen offenstehen soll, um sie in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung vielfältig zu unterstützen“, so der Abgeordnete der Linksfraktion Christian Schaft. „Wir haben die kritischen Anregungen aus der Anhörung zum Gesetzentwurf ernst genommen und eine Reihe weiterer Verbesserungen vorgenommen. Wir bedanken uns für die Mitarbeit von Trägern, Wissenschaftlern und Gewerkschaften. Für uns ist das Gesetz aber auch eine Hausaufgabe. Denn nur, wenn wir mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 die Mittel auch wirklich zur Verfügung stellen, werden wir unserem gemeinsamen Anspruch gerecht werden, die Erwachsenenbildung und ihre Aufgaben absichern zu können.“

Bei der Rente brauchen wir den Weg zurück zu 53 Prozent

Es war die LINKE, die jetzt mit ihrer Aktuellen Stunde das Thema „Durch angemessene Rente Altersarmut in Thüringen verhindern“ auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt hatte. Bürgerinnen und Bürger verweisen „auf die Diskussionen, die aus Berlin kommen, und auf den nahenden Bundestagswahlkampf. Da wird zugesagt, die Steuern nicht zu erhöhen und an der Rentenschraube doch etwas zu schrauben, und Frau Nahles legt ihr Konzept vor, dass sie das durchschnittliche Rentenniveau bei 46 Prozent als untere Sicherungslinie stabilisieren will“, so Karola Stange, Abgeordnete der Linksfraktion.

Die 46 Prozent hätten allerdings nichts mit Armutsverhinderung zu tun, „sondern sind nach Auffassung der Linken Armutsverstärkung. Hier helfen uns nicht rote Haltelinien, sondern wir brauchen den Weg zurück zu 53 Prozent“, betonte die sozialpolitische Sprecherin in der Debatte am 7. Dezember. Es gibt in Thüringen rund 560.000 Bezieher von Altersrente. Mehr als 65.000 Menschen bekommen Erwerbsminderungsrente, circa 16.500 Menschen bekamen am 31.12.2015 Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung. „Die Zahlen belegen auch, im Jahr 2014 gab es in Thüringen 21.600 Personen, die über das 65. Lebensjahr hinaus gearbeitet haben. Zwischen dem 65. und 70. Lebensjahr war es jeder Zehnte, der zur Rente dazuverdient hat“, so Karola Stange.

Die LINKE fordere auch die Thüringer Landesregierung ganz explizit auf, sich im Bundesrat in den nächsten Jahren beim Thema Rente stark zu machen. „Wir brauchen eine Anhebung des Rentenniveaus, damit man wirklich im Alter von der Rente leben kann, wir stehen dafür, dass die Kürzungsfaktoren in der Berechnungsformel bei der Rente endlich wieder aufgehoben werden. Ost- und Westrenten müssen in einem fairen Verfahren angeglichen werden. Wir brauchen eine Mindestrente von 1.050 Euro sowie einen Mindestlohn von 12 Euro, um dahin zu kommen“, unterstrich die Abgeordnete.

„Dann hätten wir auch vollere Rentenkassen“

Weitere Punkte, die von der LINKE in diesem Zusammenhang immer wieder angemahnt werden, sind der im Einigungsvertrag verankerte Bestands- und Vertrauensschutz sowie ein wirksamer Inflationsausgleich für Renten. Statt einer zusätzlichen „Riesterrente“, ungesichert auf dem freien Kapitalmarkt, müssen Möglichkeiten der freiwilligen Zusatzversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen werden. Solche alternativen Modelle hatten die gesetzlichen Sozialversicherungen im Streit um die Riesterrente entwickelt. Sie hatten aber gegen Lobbyisten der privaten

Versicherungswirtschaft den Kürzeren gezogen. Die Rentenversicherung hat in Wirklichkeit kein „demografisches“ Problem, sondern das Problem des jahrzehntelangen neoliberalen Raubbaus. Millionen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, vor allem Vollzeit, unbefristet und tarifgebunden, wurden in Deutschland abgeschafft. Entstanden sind oft Mini- und Ein-Euro-Jobs mit großen Ausfällen bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Beschäftigtengruppen wie Beamte, Selbständige, Freiberufler, ja auch Abgeordnete, müssen in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert werden. „Dann hätten wir auch vollere Rentenkassen“, wie es Karola Stange auf den Punkt gebracht hatte.

Das Solidarprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet: die Arbeitgeberseite muss sich mit einem vergleichbar starken Anteil an der Finanzierung der gesetzlichen Renten beteiligen. Da heute die Profite der Unternehmen nicht mehr an der Zahl der Beschäftigten hängen, müssen alternative Beitrags-Modelle für die Arbeitgeberseite entwickelt werden. Eine „Wertschöpfungsabgabe“ kann hier ein Ansatzpunkt sein.

Der gesetzliche Finanz-Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung muss wieder erhöht werden. Bei erhöhten Steuereinnahmen des Bundes ist das eine realistische Forderung.

„Heißer Tee gegen soziale Kälte“

Nach den aktuellen Zahlen der Landesagentur ist der Arbeitsmarkt in Thüringen stabil und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering. „Damit steht Thüringen im Ländervergleich stabil an der ostdeutschen Spitze sowie bundesweit noch vor den westdeutschen Ländern Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und dem Saarland“, sagte Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der Linksfraktion. „Erfreulich ist ebenfalls, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresvergleich um 3.100 auf nunmehr 25.900 gesunken ist, trotz eines Anstiegs von arbeitslos gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern. Das ist auch ein Ergebnis der intensiven arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Thüringer Landesregierung.“

Ina Leukefeld macht jedoch darauf aufmerksam, dass die finanzielle Situation für Hartz-IV-Empfänger immer schlechter wird und sich fast jeder dritte Arbeitslose Dinge des täglichen Lebens nicht mehr leisten kann.

„Die Zahl ist ansteigend. Hinzu kommt, dass mit der Änderung des SGB II die bisher möglichen kleinen Darlehen an Bedürftige in schwierigen Situationen auf 100 Euro begrenzt wurden, die im nächsten Monat wieder vom Arbeitslosengeld II einbehalten werden. Das bringt viele Betroffene zur Verzweiflung, wie am Runden Tisch der Sozialen Verantwortung erneut zum Ausdruck gebracht wurde“, so die Abgeordnete weiter. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt deshalb die Initiative von Er-



werbslosengruppen, die zu Aktionen aufrufen unter dem Motto „Heißer Tee gegen soziale Kälte!“ am 16. Dezember in verschiedenen Städten Thüringens, so in Suhl und Gera.

„Herz statt Hetze! Nicht ausgrenzen, sondern solidarisieren und Hilfe leisten! Das sollen unsere Botschaften nicht nur in der Adventszeit sein“, betonte Ina Leukefeld.

Die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE) sieht eine dreifache Herausforderung: „Erwerbslose qualifizieren, Geflüchtete

in Ausbildung und Arbeit bringen und Thüringen als Arbeitsstandort für Menschen aus dem In- und Ausland attraktiver machen – diese drei Dinge geht die Landesregierung an.“

Alle Aktivitäten zur Fachkräftesicherung werden in der „Allianz für Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ gebündelt, die die Ministerin im vergangenen Jahr ins Leben gerufen hat. Partner der Allianz sind unter anderem Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kammern sowie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit.

Oftmals wollen die Petenten die öffentliche Beratung

Wieso werden die Netze „verstopft“?

Gerade rechtzeitig zur 2. Meininger Energiekonferenz der LINKE-Landtagsfraktion - sie fand nach Redaktionsschluss am 10. Dezember statt - ist die Broschüre „Windenergie in Thüringen. Die wichtigsten Fakten zum Ausbau der Windkraft in Thüringen“, die unter Federführung des Abgeordneten Steffen Harzer entstanden ist, erschienen.

Sie gibt Antworten auf Fragen, die sich immer wieder stellen. Zum Beispiel, warum in Thüringen die Strompreise höher sind als in anderen Bundesländern, wieso erneuerbare Energien angeblich die Netze „verstopfen“ und ob das Erneuerbare-Energien-Ge-



set ein Gesetz für die Großindustrie ist. Zudem ist Genaueres zu erfahren über „Vorranggebiete und Einzelfallprüfung zum Windpark“, über den Infraschall, den Windkraftanlagen erzeugen, und was für den Wald- und Vogelschutz zu berücksichtigen ist.

Die Broschüre kann über die Fraktion bezogen werden.

Wie die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei Eingaben an den Thüringer Landtag erweitert werden können, war Thema einer Fachkonferenz „Petitionen“, zu der die Fraktion DIE LINKE und insbesondere ihre Abgeordneten Anja Müller, Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande nach Erfurt eingeladen hatten.

Schon die Überschrift zu der am 29. November im Landtag stattgefundenen Veranstaltung hatte neugierig gemacht: „Zwischen Straßenausbaubeiträgen, GEZ und unbegleiteten Freigängen der Strafgefangenen - Petitionen im Thüringer Landtag - Chancen und Risiken einer aktiven Bürgerbeteiligung“. Rund 30 Gäste aus anderen Landtagen, dem Deutschen Bundestag sowie einige Petenten waren der Einladung gefolgt.

„Eine Art Kontrolle durch die Öffentlichkeit“

Vor dem Hintergrund der Entwicklung zu mehr direkter Demokratie, bei der sich das rot-rot-grüne Thüringen mit dem neuen Beteiligungs-gesetz auf kommunaler Ebene bundesweit an die Spitze gesetzt hat, warb Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) zu Beginn der Veranstaltung für die Öffentlichkeit der Ausschussberatungen und ein transparentes, nachvollziehbares und handhabbares Petitionsrecht.

Anja Müller, die Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, begrüßte die Erfahrungen aus dem Bayerischen Landtag, die Ministerialrat Dr. Klaus Unterpaul dargelegt hatte. Dort sind Ausschusssitzungen, auch natürlich die des Ausschusses für Eingaben und



Podiumsdiskussion zur Fachkonferenz „Petitionen“. Im Foto (v.l.) die Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, Anja Müller, das Mitglied des Landesvorstandes von Mehr Demokratie in Thüringen e.V., Knuth Schurtzmann, und die LINKE-Abgeordnete Dr. Iris Martin-Gehl.

Foto: Peter Lahn

Beschwerden, grundsätzlich öffentlich. Dies sei „eine Art Kontrolle durch die Öffentlichkeit“, und der Landtag werde „vermehrt als offenes Haus wahrgenommen“. Oftmals wollten die Petenten dezidiert die öffentliche Beratung ihrer Eingabe.

Dabei müsse natürlich auch der Schutz sensibler Daten gewährleistet werden. Dr. Lutz Hasse, Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, machte mit Blick auf die Thüringer Verfassung, in der die Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen geregelt ist, auf die Zulässigkeit von Ausnahmen aufmerksam. So könnten z.B. für den Petitionsausschuss andere Regelungen getroffen werden.

Petitionsrecht überarbeiten

Im zweiten Teil der Fachtagung ging es um die Frage der Onlineplattformen für Petitionen. Dabei verglichen Ronald Hande und Jörg Mitzlaff

(openPetition gGmbH) zeitgleich die jeweiligen Plattformen des Thüringer Landtages und von openPetition, um deren Chancen, aber auch Defizite herauszufinden.

Auf die Frage, welche politischen Schlussfolgerungen die Linksfraktion aus dieser Veranstaltung zieht, fasste Anja Müller für den Parlamentsreport zusammen: „Wir werden weiter und noch intensiver für eine Öffnung der Ausschüsse für die Öffentlichkeit plädieren und werben. Wir wollen eine Überarbeitung des Thüringer Petitionsrechts gemeinsam mit den Koalitionspartnern SPD und Bündnis 90/Grüne auf den Weg bringen. Zudem wäre eine Neugestaltung der Thüringer Petitionsplattform zur nutzerfreundlicheren Veröffentlichung und Mitzeichnung von Petitionen wichtig. Und wir fassen Kooperationsmöglichkeiten mit der Plattform „openPetition“ unter der Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ins Auge.“

FRAKTION IN AKTION

Foren zur Reform

Mit einer Gesprächsrunde in Bad Salzungen hat die Linksfraktion den Auftakt gegeben für eine Veranstaltungsreihe, um konkret über die im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen festgeschriebenen Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften zu informieren und zu diskutieren. Bei dem Forum am 13. Dezember mit dem kommunalpolitischen Sprecher Frank Kuschel ging es auch um die möglichen Auswirkungen auf den Wartburgkreis und seine Städte und Gemeinden.

Die nächste Diskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Linksfraktion findet am Donnerstag, den 12. Januar, in Saalfeld statt. Genauere Informationen dazu demnächst auf der Internetseite der Linksfraktion: www.die-linke-thl.de

Beteiligung gesichert

„Die bevorstehende Funktional- und Verwaltungsreform in Thüringen stellt einen umfassenden Veränderungsprozess dar, der nur erfolgreich sein kann, wenn er von engagierten, verantwortungsvollen und qualifizierten Bediensteten sowie von den Gewerkschaften und Interessenvertretungen der Beschäftigten aktiv und konstruktiv mitgetragen wird. Das haben die Spitzenorganisationen im Anhörungsverfahren und an anderen Stellen deutlich gemacht“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Mit einem Änderungsantrag zum jetzt vom Landtag beschlossenen Thüringer Gesetz über die Grundsätze von Funktional- und Verwaltungsreformen (ThürGFVG) haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen diesen Hinweisen der Spitzenorganisa-



Bereits im Januar hatte die Linksfraktion zu einer Veranstaltung für ein modernes, zukunftsorientiertes Personalvertretungsrecht in den Thüringer Landtag eingeladen und war damit auf große Resonanz gestoßen.

tionen und der Berufsverbände entsprochen und deren Beteiligung in den Gesetzentwurf aufgenommen.

Der Grundsatz der frühen und umfassenden Beteiligung sichert unter Beachtung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der politischen Prioritätensetzungen die Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände bei anstehenden Funktional- und Ver-

waltungsreformen. „Die Aufnahme dieser Zusicherung in den Gesetzentwurf macht deutlich, welchen Stellenwert Koalition und Landesregierung in Thüringen den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen zumessen. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit auch die Akzeptanz der Beschäftigten für die notwendigen Reformen erhöhen“, sagte Rainer Kräuter.

„Das Problem heißt Rassismus“

Der Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen auf Einrichtung einer Landtags-Enquete-Kommission „Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ stand am 9. Dezember auf der Tagesordnung der Plenarsitzung. Die Enquete-Kommission soll Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen rassistischer Einstellungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit analysieren. Zudem sollen Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche und institutionelle Konzepte zur Zurückdrängung solcher Einstellungen entwickelt werden.

Mit dem Antrag wird eine der gemeinsamen Empfehlungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt, denen zufolge eine Enquetekommission „Maßstäbe setzen und beispielsweise Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln“ soll. Rot-Rot-Grün hatte diese Empfehlung im Koalitionsvertrag verankert, nun soll sie umgesetzt werden.

Die Linksfraction setzt große Erwartungen in die Arbeit der Kommission, auch weil hier erstmals im Konsens mit der CDU-Fraktion die Notwendigkeit einer solchen Aufarbeitung und Maßnahmeentwicklung gesehen wird. Dies eröffnet auf Landesebene die Chance einer systematischen und strukturierten Auseinandersetzung mit dem Ziel von Veränderungen in Bereichen der Verwaltung und Behörden. In diesem Sinne wurde eine Fortsetzung der Plenarberatung des Antrags, dem sich die CDU-Fraktion noch anschließen kann, vereinbart.

Für die Linksfraction hatte in der Debatte Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, das Wort ergriffen. Im Folgenden daraus Auszüge:

Barbara John, Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der so genannten Zwickauer Zelle, bedankte

sich am 8. März 2012 bei den Mitgliedern des Bundestagsuntersuchungsausschusses dafür, dass der Ausschuss zu Beginn seiner Arbeit den Blick auf die Angehörigen der Opfer richtete. Auf die Familien, die jahrelang nicht nur allein gelassen wurden, sondern „aus dem Kreis der



Anständigen ausgeschlossen worden sind, indem man sie selbst verdächtigt hat, die Taten in irgendeiner Weise mitverursacht zu haben.“

„Und unbegreiflich“, führen die Mitglieder der LINKEN im Minderheitenvotum zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses fort, „dass Hinweisen, es könne sich um rassistisch motivierte Gewalttaten von rechts handeln, nur sehr oberflächlich oder gar nicht nachgegangen wurde“.

Und auch mit Blick auf aktuelle Geschehnisse muss man konstatieren, dass das sogenannte rechte Auge häufig noch Probleme hat, dass eindeutige Anzeichen einfach nicht gesehen werden. Wie zum Beispiel, als im Juni in Jena drei indische Studierende brutal zusammengeschlagen wurden und die ermittelnden Beamten zunächst keine rassistischen Mo-

tive erkennen konnten, trotz des Hitlergrußes, trotz der Aussage der Geschädigten, die Gewalttäter hätten ausländerfeindliche Parolen skandiert.

Oder erst in der vorigen Woche in Nordhausen, wo ein Brandsatz in Verbindung mit SS-Runen und Galgen-

zeichnungen versehenen Drohbriefen offenbar nicht dazu führte, dass die Polizei rassistische Motive sah.

Eine von ezra – der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – 2014 veröffentlichte Studie mit dem Titel „Die haben uns nicht

ernst genommen“ berichtet von dem Eindruck von mehr als der Hälfte der befragten Opfer, die Polizei sei nicht an der Aufklärung der politischen Motive der Täter interessiert. Viele fühlten sich mit Vorurteilen seitens der BeamtInnen konfrontiert.

Das Problem heißt Rassismus. Und die Enquetekommission muss versuchen, präventive Konzepte und Handlungsoptionen zu entwickeln, die dieses Problem eindämmen. Das ist der uns durch den Untersuchungsausschuss beschriebene Auftrag, die uns in Verantwortung gegenüber den Opfern des NSU und ihren Angehörigen obliegende Verpflichtung.

Das ist die vor uns liegende Aufgabe, und wir von der LINKEN sind sehr bereit, diese anzugehen. Und wir laden Sie, meine Damen und Herren der CDU, ein, diese Aufgabe gemeinsam zu stemmen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Verkehrsinfrastruktur:

Die Bundesregierung plant eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft für Sanierung und Neubau der Autobahnen. „Damit können private Kapitalgeber einbezogen und mit ihren Renditeforderungen aus öffentlichen Mitteln bedient werden“, warnte die Verkehrspolitikerin der Linksfraction Dr. Gudrun Lukin.

Eigenheimförderung:

Die Initiative der Bundesbauministerin, Familien beim Eigenheimwerb in Städten finanziell unterstützen zu wollen, wird von der Wohnungspolitikerin der Fraktion DIE LINKE Ute Lukasch kritisch gesehen: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Mit dieser Förderung sind es Menschen im ländlichen Raum nicht mehr.“

Polizistenschutz:

Zur Ankündigung des Thüringer Innenministeriums, im Pilotversuch Bodycams (Körperkameras) einsetzen zu wollen, sagte der LINKE Innenpolitiker Steffen Dittes: „Der Schutz von Polizisten ist uns wichtig, dass man ihn aber durch Gesetzesverschärfungen und mehr Überwachung erreicht, daran gibt es berechtigte Zweifel.“

Der Einsatz von Bodycams in Thüringen wirft nicht nur datenschutzrechtliche Bedenken auf, es gibt auch keine Belege für die Wirksamkeit solcher Kameras Mittel zur Gefahrenabwehr. Im Gegenteil: eine europäische Studie weist sogar einen Anstieg von Übergriffen gegen Polizisten aus in Fällen, bei denen diese Kameras zum Einsatz kamen.“

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

NACHRICHTEN

Für Projektarbeit

Die Alternative 54 Erfurt e.V. hat im Monat November an weitere zwölf Vereine Spenden in Höhe von 4.620 Euro ausgereicht. Wie Maria Funke informierte, „haben wir damit in diesem Jahr bereits 79.327 Euro für insgesamt 207 Projekte und Vorhaben von Thüringer Vereinen und Verbänden weitergegeben. Unsere Schwerpunkte liegen nach wie vor in der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit, der Förderung von Initiativen im kulturellen und sportlichen Bereich sowie der nachhaltigen Begleitung sozialer Projekte“. So wurden z.B. der Aktionskreis für den Frieden e.V. Erfurt unterstützt - im Foto überreicht Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow den Spendenscheck an Ute Hinkeldein - oder die Selbsthilfegruppe der Taubblinden im Landesverband der Gehör-



losen für die dort stattfindende soziokulturelle Projektarbeit. „Wir werden im Monat Dezember weitere 9.000 Euro an Zuwendungen übergeben, so dass wir zum Jahresende als Alternative 54 Erfurt e.V. schon insgesamt über 1.150.000 Euro der sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur Thüringens zugeführt haben.“ ■

Informationsregister

Die Landesregierung hat jetzt das Zentrale Informationsregister Thüringens (ZIRT) freigeschaltet. Es ist eine Sammlung von im Internet dezentral veröffentlichten amtlichen Informationen. Thüringer Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Gutachten, Statistiken oder Geodaten können beispielsweise hierüber kostenlos und anonym abgerufen werden. Das Register ist über das Serviceportal der Landesregierung erreichbar unter www.thueringen.de

„Das ZIRT nach dem bisherigen Informationsfreiheitsgesetz ist allerdings nur ein Startschuss, die Plattform muss weiter befüllt und auf Basis eines Thüringer Transparenzgesetzes zu einem echten Transparenzregister weiterentwickelt werden“, sagte MdL Steffen Dittes (LINKE). ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die ersten Plenarsitzungen im neuen Jahr sind anberaumt vom 25. bis 27. Januar sowie vom 22. bis 24. Februar. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraction melden (Tel. 0361 3772295).

Fachkonferenz:

„Streiten für offene, demokratische und soziale Hochschulen“ steht als Motto über der Fachkonferenz, zu der die Linksfraction am Donnerstag, den 20. Januar, 10 bis 13 Uhr, in den Landtag, Käte-Duncker-Saal (F 201), einlädt. Nähere Informationen im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Chancen der Verwaltungs- und Gebietsreform nutzen

Mehrere Landkreise hatten angekündigt, noch vor Weihnachten gegen die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform klagen zu wollen. „Anstatt Klage einzureichen, deren Erfolg eher unwahrscheinlich ist, sollten die politischen Gremien die Reformchancen nutzen und deutlich machen, welche Landkreisstruktur aus ihrer Sicht zukunftsfähig ist“, erneuerte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher, den Aufruf der Linksfraktion.

Bisher haben aber die Mehrheiten dieser klagenden Kreistage und Landräte jede Dialogbereitschaft abgelehnt und auf Blockade gesetzt.

„Besser wäre, sie würden zunächst den Vorschlag des Thüringer Innen- und Kommunalministers, Dr. Holger Poppenhäger, zur Kenntnis nehmen, der eben nur ein Diskussionsvorschlag ist. Es obliegt jetzt den Kreistagen und den Landräten, gegenüber dem Land zu verdeutlichen, welche Neugliederung angestrebt wird“, so Frank Kuschel weiter.

Mit den jetzigen Beschlüssen wird aber dem Land signalisiert, dass sie keinen Dialog wollen. „Die Landräte, die einseitig nur auf die Risiken der Reform setzen, ohne die Chancen auch nur ansatzweise zu benennen, handeln verantwortungslos und par-

teipolitisch. Sie gefährden die Zukunft ihrer Region“, stellte der LINKE Kommunalexperte fest. Und er erläuterte: Kein Landkreis in Thüringen besitzt eine eigene Leistungsfähigkeit. Diese resultiert ausschließlich aus den Zuweisungen des Landes und der Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden.

Die Kreistage können bis zum Frühjahr eigene Strukturvorschläge machen

Etwa 60 Prozent der Landkreisgelder sind Landeszuweisungen. Rund 35 Prozent steuern die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage bei. Nur etwa ein Prozent der Landkreisausgaben betreffen die sogenannten freiwilligen Aufgaben, die letztlich kommunale Selbstverwaltung prägen. „Es war die CDU, die bereits 1994 die sogenannte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Landkreise aus der Kommunalverfassung streichen ließ. Seitdem sind die Landkreise in Thüringen nur noch reine Verwaltungsebenen, die zudem viel zu hohe Kosten verursachen. Diese Kosten belasten sowohl die Gemeinden als auch das Land“, so Frank Kuschel. Bis zum Frühjahr haben die Kreistage nun die Möglichkeit, sich mit einem eigenen Strukturvorschlag an Landeregierung und

Landtag zu wenden. Kommt dieser nicht, kann davon ausgegangen werden, dass der Diskussionsvorschlag des Fachministers durch den Landtag gesetzgeberisch umgesetzt wird.

Bezüglich der Klageerhebungen hat sich Frank Kuschel auch die Kostenfrage gestellt: „Die Klagebefürworter sollten, wenn sie vom Klageerfolg überzeugt sind, erklären, dass sie die Kosten tragen.“ Es sei schließlich nicht begründbar, dass die Bürger dafür gerade stehen sollten. „Ohnehin stellt sich die Frage, wogegen die betreffenden Landkreise klagen wollen. Eine Klagevoraussetzung ist, dass der Kläger in seinen Rechten verletzt sein könnte.“

„Sie wollen politisch Stimmung gegen Rot-Rot-Grün machen“

Der Abgeordnete weist jedoch darauf hin, dass es im Vorschaltgesetz nur die Regelung gibt, wonach Landkreise mindestens 130.000 Einwohner haben sollen. „Es gibt weder einen Zeitplan noch eine konkrete Strukturvorgabe. Es ist offensichtlich, dass die zuständigen Landräte und Kreistagsmehrheiten nicht die Interessen ihrer Regionen vertreten, sondern vielmehr politisch Stimmung gegen Rot-Rot-Grün machen wollen“, sagt Frank Kuschel.

Im Gegensatz zu den Landkreisen agieren jedoch andere kommunale Verantwortungsträger sehr konstruktiv. „Die intensive Debatte zur Gemeindeneugliederung belegt, dass hier im Gegensatz zur Landkreisebene mit Vernunft die Reformchancen genutzt werden. Gerade die Gemeinden werden durch die Reform gestärkt, und für die Bürgerinnen und Bürger werden sich die Behördenwege erheblich verkürzen.“

Alle kommunalen Leistungen, auch die der Landkreise, werden künftig in den Gemeinden wahrgenommen. „Zur Kreisverwaltung müssen Bürgerinnen und Bürger nur noch im Ausnahmefall fahren. Ein Landrat, der die Bürger-Belange im Blick hat, müsste die Reform unterstützen, statt sie zu blockieren“, betonte der Landtagsabgeordnete. ■

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

„Konstruierter Unsinn“

Eine „persönliche Bemerkung zum Schluss“, drohte der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke in einer an Verbalinjurien ohnehin reichen Rede (er erhielt von Landtagspräsident Christian Carius einen Ordnungsruf) am 9. Dezember im Thüringer Landtag an: er könne „diesen ganzen konstruierten Unsinn, den uns angebliche Sozialwissenschaftler verkaufen wollen, nicht mehr ertragen“. Gemeint waren Expertisen zum Rassismus. Mit brüchiger Stimme ergänzte Höcke: „Die Menschen da draußen sehen sich nach etwas Normalem – als Gegensatz zur „Konstruktion“ durch Wissenschaftler. Wie gewohnt beendete Höcke seinen Auftritt mit einer Drohung in Richtung der anderen Landtagsfraktionen.

Die Sprache der AfD sei auf Skandalisierung, Feindseligkeit gegen Eliten (gemeint sind Etablierte) und eine völkische Ideologie ausgerichtet, hat eine sprachwissenschaftliche Studie unlängst deutlich gemacht. Höcke gibt dafür den Idealtyp. Zu seinen Auftritten gehört inzwischen noch der Gestus des völkischen Leidenmannes, dem angesichts der Entbehrungen, die er für sein Volk auf sich nimmt, schon einmal die Augen feucht werden. Noch dazu bei den Zumutungen, die er ertragen muss, beispielsweise Sozialwissenschaftler.

Die Soziologie, deren Produkte in Form des „Thüringen Monitors“ Höcke im letzten Jahr noch als für seinen Holzofen geeignet einschätzte, blickt kritisch hinter die Kulissen. Einem Höcke kann das natürlich nicht recht sein. Dass der NS-Rhetorik benutzt, ist durch die Analysen des – jawohl – Soziologen Andreas Kemper öffentlich geworden. Höckes Wissenschaftsfeindlichkeit wie seine Norm-Fixierung haben ihre Entsprechungen übrigens im deutschen Faschismus. „Wer redet und denkt wie ein Nazi ist ein Nazi“, hat Kemper in Richtung Höcke formuliert. ■

Politik transparenter machen

Was ist die „Indemnität“ eines Abgeordneten? Was verbirgt sich hinter dem „D'hondtschen Verfahren“ und wo wird es angewandt? Wann kommt es zur „Diskontinuität“? Alle drei Begriffe sind Fachtermini, die der Parliamentssprache entstammen, wie sie auch im Thüringer Landtag verwendet wird. Für Bürgerinnen und Bürger handelt es sich dabei nicht selten um ein schwer verständliches Fachdeutsch, das Distanz schafft.

Im THK Verlag Arnstadt ist jetzt das „Kompaktlexikon Thüringer Landtag“ erschienen. Die Autoren Frank Kuschel und Stefan Wogawa „übersetzen“ und erläutern in knapper, präziser und verständlicher Form die wichtigsten Begriffe rund um das Thüringer Landesparlament. Damit wollen sie ausdrücklich einen Beitrag dazu leisten, Politik transparenter zu machen. Ihr Lexikon gibt damit auch einen ... Einblick in den parlamentarischen Arbeitsalltag.

Die „Indemnität“ ist übrigens die Rechtsvorschrift, dass Abgeordnete nicht wegen ihres Abstimmungsverhaltens oder wegen Äußerungen, die sie im Landtag oder dessen Ausschüssen machen, gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden dürfen (Ausnahme: verleumderische Beleidigungen). Das „D'Hondt'sche Verfahren“ ist eine mathematische Methode zur Berechnung der Sitzverteilung,



die im Thüringer Landtag u.a. bei der Besetzung der Ausschüsse Anwendung findet. Werden parlamentarische Vorlagen vom Landtag während der Wahlperiode nicht abgearbeitet (also nicht zu Ende beraten), gelten sie als erledigt. Das wird als „Diskontinuität“ bezeichnet. (ar)

Frank Kuschel/Stefan Wogawa: *Kompaktlexikon Thüringer Landtag. Mit der Verfassung des Freistaats Thüringen*, THK Verlag Arnstadt, ISBN 978-3-945068-08-3, 9,90 EUR ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.